



BürgerInnenbrief

23. Januar 2013

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Arbeit mit Sinn +++ Verkehr(t)! +++ Soziale Spaltung & die SPD +++ Bürger beteiligen! +++ Gegen Vertreibung!

Sinnvolle Arbeitsplätze schaffen!

von Tim Golke, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Linksfraktion



Für sinnvolle Arbeit: am 9.6.2012 beim SPD-Landesparteitag (Foto: dpa)

Seit Ende der 1960er Jahre gibt es in Deutschland das Phänomen der Unterbeschäftigung und der wachsenden Arbeitslosigkeit. Seit Mitte der 1970er Jahre ist mit unterschiedlichen politischen Konzepten versucht worden, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Je nach Regierungspartei oder Koalition unterschieden sich die Konzepte und Ziele; jedoch sind sie aus heutiger Sicht letztlich alle mehr oder minder gescheitert.

Deutschland nimmt von 31 möglichen Rankingplätzen im OECD-Vergleich den Platz 30 bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ein. Durch die letzten großen Arbeitsmarktreformen hat sich keine tatsächliche Verringerung der Erwerbslosigkeit eingestellt, dafür aber eine massive Ausweitung von Armut, Ausgrenzung und Lohndumping.

Es gibt politische Handlungsmöglichkeiten, diese Entwicklung zu stoppen, neue Arbeitsplätze zu gesellschaftlich sinnvollen Bedingungen zu schaffen und der massenhaften Ver-

armung entgegen zu wirken. Mit dem nötigen politischen Willen wäre ein wirksames Umsteuern sofort möglich. Die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft lädt daher ein, gemeinsam mit ExpertInnen aus Wissenschaft und Politik auf einer Beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Fachkonferenz am 26. Januar über Vorschläge zur Bekämpfung von Arbeits- und Erwerbslosigkeit und deren verheerende Folgen zu diskutieren.

Nach der Begrüßung (11.00 Uhr) wird zur Einführung Dr. Cornelia Heintze von der »Gruppe Alternative Wirtschaftspolitik« sprechen (11:10-12:30 Uhr inkl. Diskussion). Am Beispiel der Pflege, sozialen Betreuung und Alltagsunterstützung älterer Menschen als wichtigem Bereich sozialer Dienstleistungen wird sie das gering professionalisierte, noch vorwiegend auf informeller Pflege durch Angehörige basierende deutsche System den servicebasierten Pflegesystemen der skandinavischen Länder gegenüberstellen. Anhand empirischer Daten wird sie die Zusammenhänge aufzeigen, die zwischen

Finanzierung, Personaleinsatz, Trägerschaft und der Qualität der Pflegeleistung bestehen. Für unsere Debatte um gute statt schlechte Dienstleistungsjobs bietet dies einiges an Lektionen, aus denen sich Rückschlüsse auch auf die Weiterentwicklung politischer Konzepte ziehen lassen.

Denn zu den nach wie vor weit mehr als 3 Mio. »offiziellen« Arbeitslosen kommt eine riesige Zahl von Arbeitssuchenden, die nicht in der Statistik erfasst werden, und von Men-

schen, die einer Erwerbsarbeit nachgehen, und trotzdem davon nicht leben können.

Nach der Mittagspause (12:30-13:15 Uhr), in der die TeilnehmerInnen zu einem kleinen Buffet eingeladen sind, werden zunächst die Workshops vorgestellt (13:15-13:45 Uhr) und dann in diesen Arbeitsgruppen getagt (13:45-15:00 Uhr). Nach der Kaffeepause wird nochmals in den AGen gearbeitet (15:15-16:30 Uhr), es folgt eine Auswertungsrunde im Plenum, gegen 17.30 Uhr ist Feierabend. Da der Debatte in den kleineren Gruppen bewusst viel Zeit eingeräumt wird, hier die Übersicht:

Workshop 1: Prekäre Beschäftigung

Es werden Aspekte der Ausweitung prekarisierter Arbeit, ihre wirtschaftlichen und politischen Folgen und mögliche Strategien zu ihrer Bekämpfung diskutiert. Einen Input liefern der Arbeitssoziologe Uwe Lammers und Prof. Ursula Ralfs (Uni Hamburg).

Workshop 2: Solidarität und Erwerbslosigkeit

Der Alltag erwerbsloser Menschen ist durch Ausgrenzung und Anfeindungen gekennzeichnet. Auch zwischen Erwerbslosen herrscht selten ein Klima der Solidarität oder der Gemeinsamkeit. Wie kann man diese Isolation aufbrechen? Über die Solidarisierung mit Erwerbslosen und die Erwerbslosenbewegung werden wir gemeinsam mit den AutorInnen der Studie »Respekt Fehlanzeige«, den Soziologinnen Ariadne Sondermann und Jonte Plambeck, diskutieren, mit dem Ziel, gemeinsame Handlungsperspektiven zu entwickeln.

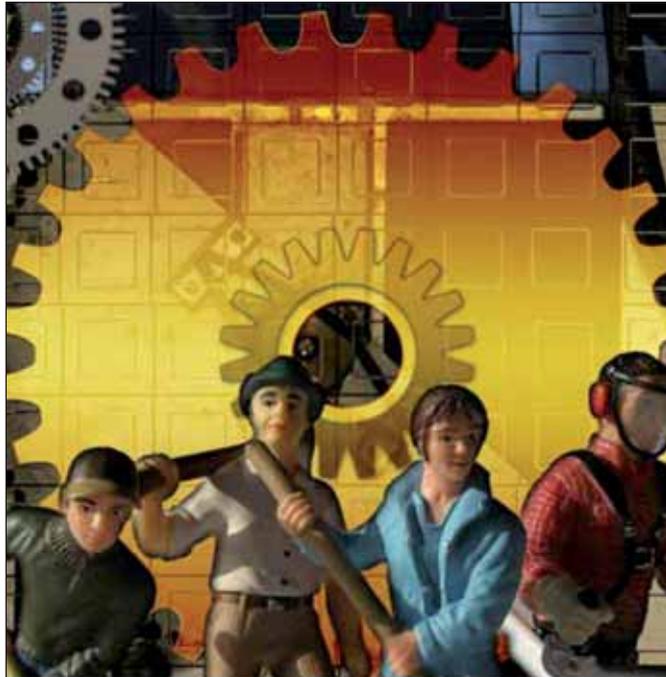
Workshop 3: Sozialer Arbeitsmarkt

In jüngster Zeit wird von unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Akteuren verstärkt ein »sozialer Arbeitsmarkt« gefordert. Umstritten sind Definition und politische Realisierung dieses Begriffs. Die Kleingruppe widmet sich, mit Unterstützung des Arbeitsmarktexperten Dirk Hauer (Diakonisches Werk Hamburg) und des Soziologen Michael Hartwig, unterschiedlichen Konzepten zur Schaffung eines solchen »sozialen Arbeitsmarkts« in Hamburg.

Workshop 4: Beschäftigungspolitik

Hier werden zu Anfang drei beschäftigungspolitische Aspekte von Rainer Volkmann erläutert: a) Was ist linke Beschäftigungspolitik und wie grenzt sie sich von klassischen arbeitsmarktpolitischen Konzepten ab? b) Wie stellen wir uns die Finanzierung der Beschäftigungspolitik vor? c) Vorstellung der Beschäftigungsstrategie »Soziale Dienstleistungen«. Anschließend ist genügend Zeit für eine kritische Diskussion gegeben.

Die Teilnahme an der Konferenz ist kostenfrei. Anmeldungen bis einschließlich 24. Januar bitte per E-Mail richten an info@linksfraktion.hamburg.de oder meinulf.kroen@linksfraktion-hamburg.de.



Arbeitsplätze schaffen statt Arbeitslosigkeit verwalten

Beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Fachkonferenz am 26.01.2013 im Hamburger Rathaus

DIE LINKE.
Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft

Verkehr(t)!

Von Heike Sudmann, verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion



Die aktuellen Nachrichten aus dem Verkehrsstudio der Freien und Hansestadt Hamburg zeigen leider noch keine Wende in der Verkehrspolitik, wie die folgenden Beispiele zeigen.

U4 – auch verlängert wird noch keine gute U-Bahn daraus: Steilshoop und Osdorfer Born sind dran!

Anfang Dezember 2012 wurde die neue U4 in die Hafencity eröffnet. Aus einer groß angelegten Planung wurde eine Mini-Strecke, die verkehrspolitisch kaum zur Steigerung des Fahrgastaufkommens im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) beitragen wird. Mittlerweile wird halbherzig eine Verlängerung geplant. Zur wechselvollen Geschichte der U4 – wer erinnert sich noch daran, dass sowohl für Steilshoop als auch für den Osdorfer Born schon mal eine U4 geplant war? – und den aktuellen Forderungen der Linksfraktion nachfolgend einige Informationen:

Aus der U4 von Bramfeld über Steilshoop in die Stadt...

Vor knapp zehn Jahren hat der damalige Schwarz-Schill-FDP-Senat eine U-Bahn-Linie U4 von Bramfeld bis zur Hafencity versprochen (s. Drs. 17/2019). Neue Streckenabschnitte sollten jeweils von Bramfeld über Steilshoop nach Barmbek sowie vom Rathaus bis zur Hafencity gebaut werden. Die wesentlich kostengünstigere Alternative eines Stadtbahnanschlusses für Steilshoop/Bramfeld und für die Hafencity wurde von den CDU-geführten Senaten konsequent ignoriert.

...wird ein teurer Stummelschwanz in der Hafencity

Mit dem gerade mal vier Kilometer langen Stummelschwanz von der Innenstadt in die Hafencity wird den EinwohnerInnen von Steilshoop erneut deutlich gemacht, dass seit gut 40 Jahren kein Senat die versprochene Bahnanbindung ihres Stadtteils wirklich umsetzen will. Während rund 20.000

SteilshooperInnen seit Jahrzehnten nur in die Röhre eines nie fertiggestellten Bahnhofs unter dem Einkaufszentrum Steilshoop gucken können, wird für die bisher 2-3.000 BewohnerInnen der Hafencity eine lächerlich kurze und teure U-Bahn-Anbindung gebaut. Die Bilanz zur Eröffnung der U4 nach fünf Jahren Bauzeit: 323,6 Mio. Euro für 4.000 Meter, das sind 68,6 Mio. mehr als im Jahr 2005 geplant.

Verlängerung der Hafencity-U4 zur Sicherung der Grundstückspreise

Um aus der verkorksten U-Bahn ein sinnvolles Verkehrsprojekt zu machen, müsste sie nicht nur verlängert werden, sondern auch mit der S-Bahn-Linie Richtung Harburg verknüpft werden. Einen Schritt in diese Richtung will der Senat gehen, wie er am 15. Januar kundtat: »Der Senat hat heute beschlossen, die Bürgerschaft um Zustimmung zum Weiterbau über nunmehr rund 1,1 km und zur Finanzierung der verbleibenden 136 Mio. Euro aus dem Sondervermögen »Stadt und Hafen« zu bitten.« Begründet wird die Verlängerung vor allem mit der Erzielung hoher Grundstückspreise in der Hafencity: »Die Kalkulation der Verkaufserlöse für dieses Gebiet beruht darauf, dass die infrastrukturelle Entwicklung den Zielen des Masterplans entspricht, insbesondere die U4 bis zu den Elbbrücken verlängert wird.« Dass völlig ungeklärt ist, ob und wie ein Anschluss der U4 an das S-Bahn-Netz erfolgen kann, hat der Senat in diesen schönen Satz verpackt: »Optionale Übergangsmöglichkeiten zu einer möglichen S-Bahnhaltestelle sind in der Planung berücksichtigt.«

Wahlversprechen der SPD vergessen

Bei so vielen Optionen und Möglichkeiten sei der SPD-Senat an seine alten Versprechen erinnert: Nicht nur Steilshoop, sondern auch der Osdorfer Born warten seit Jahrzehnten auf

eine Bahnanbindung. 1974 hat die SPD Wahlkampf mit dem Bild einer U-Bahn nach Lurup über den Osdorfer Born gemacht, die übrigens auch U4 hieß. »Start schon in 2 Jahren« stand daneben. Weder 1976 noch irgendwann später ist hier eine Bahnanbindung realisiert worden.

DIE LINKE: Steilshoop und Osdorfer Born sind endlich dran!

Deshalb fordert die Linksfraktion: Bevor für die Hafencity-U4 weitere Hunderte Mio. Euro verbuddelt werden, sind Steilshoop und der Osdorfer Born dran. Wer seit 40 Jahren immer wieder vertröstet wird, hat mehr als einen moralischen Anspruch auf eine vernünftige ÖPNV-Anbindung. Olaf Scholz und sein Senat haben bisher nur bewiesen, dass auch ihre Verkehrspolitik Steilshoop und Osdorfer Born nicht auf dem Fahrplan hat.

Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße: BürgerInnen beteiligen – Ergebnisse ignorieren?

Nachdem die WilhelmsburgerInnen erfolgreich eine Beteiligung mit Alternativplanung zur Verlegung der Reichsstraße erkämpft hatten, tut der Senat anscheinend alles, um das Misstrauen wieder zu schüren. Ohne die Ergebnisse des Beteiligungsgremiums, die einstimmig von der Bezirksversammlung am 20. Dezember 2012 übernommen wurden, zu berücksichtigen, leitet die Verkehrsbehörde ein Planänderungsverfahren ein. Dabei hat der renommierte Verkehrswissenschaftler Prof. Knoflacher, dessen Beteiligung die WilhelmsburgerInnen durchgesetzt hatten, interessante Alternativen vorgelegt. Wer Politikverdrossenheit schüren will, geht vor wie dieser Senat. Mit einer Schriftlichen Kleinen Anfrage will die Linksfraktion klären, welche Vorschläge des Beteiligungsgremiums der Senat zu übernehmen gedenkt, welche nicht und wann der Planfeststellungsbeschluss zu erwarten steht.

Die empörten BürgerInnen aus Wilhelmsburg wollen den Druck hochhalten – siehe den Auszug aus dem Demo-Aufruf:

26.1.: Kurz-Demo vor dem Hamburger Rathaus Bringt alles mit, was Lärm macht!

Wir stellen plastisch dar, wie Herr Scholz auf die Bürgerbeteiligung in Wilhelmsburg scheißt.



Und nun zu den Kurznachrichten:

Busbeschleunigung

Dieser Senat hat sich gegen die Stadtbahn ausgesprochen und als Alternative die »Busbeschleunigung« propagiert. Die ersten Bauarbeiten für das Programm, das leider nicht flächendeckend für ganz Hamburg erarbeitet wurde, haben z.B. bei der Metrobuslinie 5 begonnen. Mittlerweile mehren sich jedoch die Zweifel, ob die Busbeschleunigung nicht dafür benutzt wird, den Autoverkehr zu beschleunigen. So werden an verschiedenen Stellen mehr Fahrspuren, Abbiegespuren und andere Begünstigungen des Autoverkehrs geplant. Auf meine Frage, wie viel Geld der Busbeschleunigung dem motorisierten Individualverkehr (MIV) zu Gute kommt, erntete ich im Verkehrsausschuss nur ein Achselzucken: »Das kann der Senat nicht sagen.« Hier werden die Aktiven vor Ort weiterhin ein genaues Auge darauf haben müssen, was geplant wird.

Radverkehr: Will die SPD nicht von Kopenhagen lernen?

Reisen bildet – unter diesem Motto habe ich im Verkehrsausschuss eine Fahrt nach Kopenhagen vorgeschlagen. Die dänische Metropole ist im Radverkehr wegweisend, eigene Radstraßen (teilweise auch Rad»autobahnen«), Winterdienst zuerst auf den Radwegen, dann auf den Straßen und vieles mehr sind dort zu finden. 37% der Wege aus oder in die Stadt Kopenhagen werden mit dem Fahrrad zurückgelegt. Dieser Wert soll bis 2015 auf über 50% gesteigert werden. Hauptzielgruppe sind PendlerInnen, die täglich zwischen fünf und 20 Kilometer zwischen Wohn- und Arbeitsort zurücklegen (die Zahlen wurden der Seite www.zukunft-mobilitaet.net/2238/verkehrssicherheit/kopenhagen-radwege-extrabreit-strassenverkehrssicherheit/ entnommen). In Hamburg dümpelt der Radverkehrsanteil weit unter der 20%-Marke. Oft hilft ja die praktische Anschauung und die Erklärung der ExpertInnen vor Ort, wie Widerstände überwunden werden können. Das würde dem Verkehrsausschuss der Bürgerschaft gut tun und vor allem auch dem Radverkehr in Hamburg. Wer vor Ort gesehen hat, wie ein guter Radverkehr funktioniert, kommt in große Schwierigkeiten, wenn er/sie in Hamburg gegen Verbesserungen argumentieren soll. Ob die SPD-Abgeordneten deshalb meinem Vorschlag nicht zustimmen wollten?

Zu Fuß gehen – mehr als Spaziergehen

Beim Zufußgehen denken die meisten an den Weg von der bzw. zur Haltestelle oder vom/zum Auto oder ans Spaziergehen. Als eigenständige Fortbewegungsart wie Rad- oder Autofahren ist das Zufußgehen noch nicht in vielen Köpfen verankert. Umso erfreulicher ist es daher, dass das »Hamburger Abendblatt« auf der ersten Seite im Hamburg-Teil am 7. Januar den schlechten Zustand der Fuß- und Gehwege aufgegriffen hat (www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article112435776/Wo-Gehwege-in-Hamburg-zur-Stolperfalle-werden.html). Auf der Titelseite der Ausgabe wurde sogar die Hamburger Sprecherin von FUSS e.V., Sonja Tesch, portraitiert. Vielleicht setzt ja doch ein langsames Umdenken ein?

Quo vadis HVV?

Von Antje Schellner, Mitarbeiterin der Linksfraktion für Verkehrspolitik



Wer kann sich die Tickets noch leisten? (Foto: wikipedia)

Wieso denn schon wieder Preisanhebungen? Es wird doch immer dringlicher, für die Senkung der Fahrpreise zu streiten!

Seit Jahren feiert der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) alljährlich Fahrgastzuwächse und Rekordumsätze und »dankt« dies den KundInnen mit ebenso regelmäßigen Preiserhöhungen. Im Schnitt waren zum 1. Januar 2013 satte 3,5% mehr zu bezahlen, überdurchschnittlich wurde bei den KundInnen hingelangt, denen es besonders wehtut: bei den SeniorInnen- und Schülertickets, und die Anhebung bei der zeitlich beschränkten CC-Karte trifft besonders die SozialhilfeempfängerInnen.

Aber auch wer im neuen Jahr mal eben zwei Stationen Bus fahren möchte, staunt über 1,90 Euro für das Ticket. Zudem wurde nebenbei das Drei-Tage-Ticket mit der Begründung der »Vereinfachung« abgeschafft, was einige Kundinnen zukünftig zum Kauf teurerer Einzeltickets zwingt. Es ist, als würden die Kundinnen bestraft werden für ihre fleißige Nutzung der Angebote im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Der HVV begründet diese erneute Preisanhebung mit dem Bau der U4, mit anstehenden Investitionen in den Busverkehr von 260 Mio. Euro sowie den inflationsbedingten Preissteigerungen.

Wie wirken sich die steigenden Preise aus?

Natürlich, alles wird teurer: Wohnen, Energie, Nahrungsmittel und eben auch die Fahrtkosten im Öffentlichen Personennahverkehr. Je kleiner das Portemonnaie der Betroffenen, desto geringer die Möglichkeit, an anderer Stelle zu sparen. Verschiedene Studien setzen sich mit dem Zusammenhang von Mobilität und gesellschaftlicher Teilhabe auseinander und kommen zu übereinstimmenden Thesen:

1. Mobilität ist in unserer arbeitsteiligen Gesellschaft Voraussetzung für das Wirtschaften und für die Teilhabe am sozialen und ökonomischen Leben.
2. Die hohe Abhängigkeit des Verkehrs vom endlichen Rohstoff Öl wird Mobilität weiter verteuern, mit der Folge, dass

mittel- und langfristig selbst für Teile der Mittelschicht Mobilität unerschwinglich wird.

3. Steigt der Preis für Mobilität, sind Ausweichstrategien denkbar. Hierzu zählen der Umstieg auf das Rad, die Einschränkung von Aktivitäten, Kürzungen bei anderen Ausgaben.
4. Werden bestimmte Aktivitäts- bzw. Teilhabestandards unterschritten, kann eine partielle Exklusion (Ausschluss) festgestellt werden.

Was sich für einige vielleicht etwas trocken anhört, enthält ein schleichendes, aber bereits anrollendes und in der Öffentlichkeit kaum thematisiertes Sozialdrama. So schränkt sich für viele der alltägliche Radius ein, Arztwahl und Besuche werden fahrtkostenabhängig entschieden, die Auswahl der Schule erfolgt nach der Finanzierbarkeit des Weges, Jugendliche sind an ihre Stadtteile gebunden, und die Wege zum Job fressen einen immer größeren Teil der Einnahmen auf. Es gab in der vorausgegangenen Legislaturperiode die Idee, Sportvereine für Kinder aus einkommensschwachen Familien beitragsfrei zu öffnen. Dies scheiterte in vielen Fällen jedoch an den aufzubringenden Fahrtkosten, um zum Vereinsgelände zu kommen.

In einer Abhandlung des Hamburger Verkehrswissenschaftlers Prof. Dr. Carsten Gertz liest sich das so: »Ohne weitere Anpassungen kann ein deutlicher Anstieg der Verkehrskosten nur von relativ einkommensstarken Haushalten hingenommen werden, die über einen ausreichenden Spielraum im Gesamtbudget verfügen. Steigende Verkehrskosten erhalten durch ihre einkommensabhängige Wirkungsintensität eine soziale Dimension.«¹ Genau! Diese Erkenntnis scheint jedoch weder für den HVV noch die regierende SPD zurzeit in einem problematischen Verhältnis zu stehen.

¹ Sven Altenburg, Philine Gaffron, Carsten Gertz: Teilhabe zu ermöglichen bedeutet Mobilität zu ermöglichen. Diskussionspapier der Friedrich Ebert Stiftung. 2009

Im bundesweiten Vergleich hat Hamburgs ÖPNV einen der höchsten Kostendeckungsgrade, d.h., dass der HVV weitgehend von seinen KundInnen bezahlt wird. Damit entlastet er zwar den Hamburger Haushalt, greift dafür aber den Fahrgästen um so tiefer in die Tasche. Macht ja nichts: Die Züge füllen sich trotzdem...

Welcher Handlungsbedarf ergibt sich für die Politik?

Die Studien sind sich darin einig, dass aus den Kostensteigerungen im ÖPNV Handlungsbedarf für eine Politik abzuleiten ist, deren Ziel es sein muss, die Benachteiligung einkommensschwächerer Bevölkerungsteile zu mindern. Es wird wohl kaum eine PolitikerIn leugnen wollen, dieses Ziel zu verfolgen, denn die Bereitstellung von Verkehr und somit Mobilität gehört für Länder und Kommunen zur »Daseinsvorsorgepflicht«. Dies scheint jedoch in der Auslegung sehr dehnbar und so ruht sich in der Hamburger Regierung alles auf dem Pseudo-Sozialticket und einigen subventionierten Karten aus.

Um dem zunehmenden Ausschluss ganzer Bevölkerungsgruppen von der Teilhabe durch Mobilität entgegenzuwirken, ergeben sich für VerkehrswissenschaftlerInnen zwei politische Handlungsoptionen:

1. Kurzfristig: Es müssen die benachteiligten Bevölkerungsgruppen stärker bei der Finanzierung ihrer mobilen Teilhabe unterstützt werden, d.h., es sind mehr Subventionen für den ÖPNV vonnöten, um GeringverdienerInnen, einkommensschwache Familien mit Kindern, SeniorInnen, Jugendliche und SozialhilfeempfängerInnen zu entlasten.
2. Mittel- und langfristig: Es müssen städtebaulich verbindliche Standards die Entwicklung hin zu »Städten der kurzen Wege« absichern. In fußläufiger Entfernung muss jegliche notwendige Nahversorgung erreichbar sein, d.h. entgegen der Tendenz der Zentralisierung wieder kleinräumig Zugang zu Einzelhandel, ÄrztInnen, Schulen und Kindergärten geschaffen werden.

Wir, DIE LINKE, können diesen zukunftsweisenden Handlungsoptionen nur zustimmen und stehen mit unserer Politik dafür. Auch wenn es sich zurzeit für uns wie der Kampf Davids gegen Goliath darstellt, können und werden wir doch diese Gedanken permanent in den Diskurs um die derzeitige Verkehrspolitik des SPD-Senats einbringen.

Weitere Literatur: Soziale Aspekte von Mobilität. Erschienen in der VCÖ-Schriftenreihe »Mobilität mit Zukunft«, Ausgabe 1/2009. Wien 2009.

Soziale Spaltung als Errungenschaft?

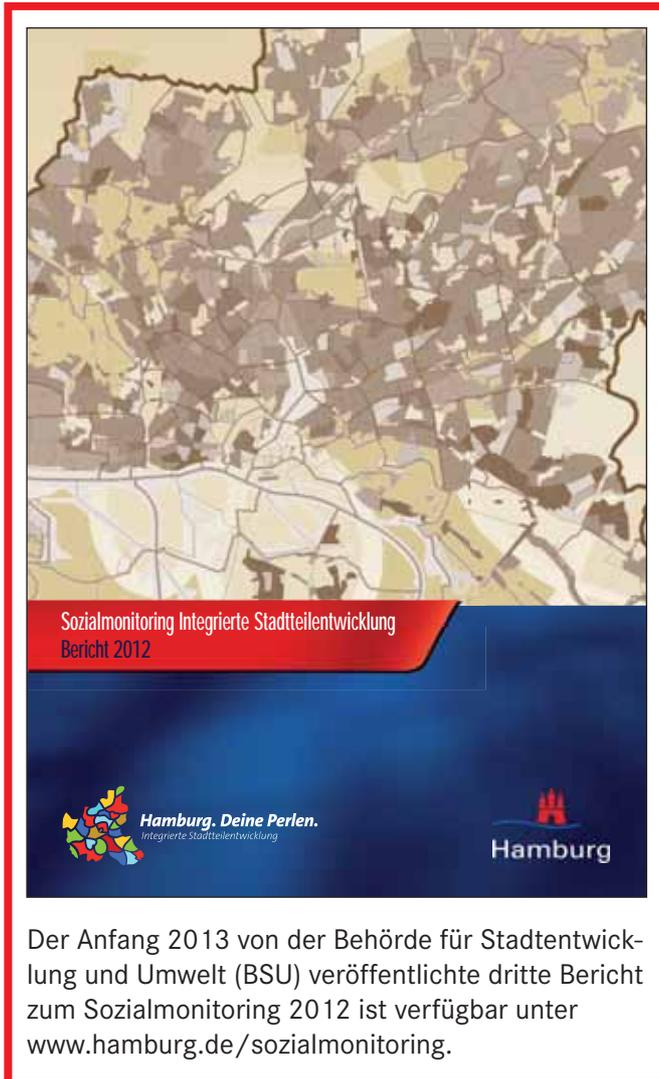
Von Joachim Bischoff und Bernhard Müller



Auf der Demo umFAIRteilen am 29.9.2012 (Foto: M. Joho)

Bürgermeister Scholz hat kürzlich die Rolle der Sozialdemokratie gerühmt. »Die lange republikanische Tradition unserer Stadt Hamburg und das hohe Maß an sozialem Zusammenhalt, an solidarischem Zusammenleben in einer weltoffenen international geprägten Stadt, sie wären ohne die Errungen-

schaften von 150 Jahren Arbeiterbewegung, von 150 Jahren deutscher Sozialdemokratie nicht das, was sie sind.« Wie aber sieht es heute unter einer sozialdemokratischen Regierung mit dem sozialen Zusammenhalt aus? Dazu ein Blick in den aktuellen Bericht über die Stadtteilentwicklung.



Der Anfang 2013 von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) veröffentlichte dritte Bericht zum Sozialmonitoring 2012 ist verfügbar unter www.hamburg.de/sozialmonitoring.

In Hamburg wie im Bundesgebiet ist die Armut in 2011 markant gestiegen. So weist die Statistik für Hamburg (gemessen am Bundesmedian¹ 2011 eine Armutsgefährdungsquote von 14,7% aus – nach 13,3% in 2010. Bezogen auf den Landesmedian, der die regionalen Einkommen besser berücksichtigt, liegt sie gar bei 18%. Besonders betroffen von Armut sind (gemessen am Bundesmedian) Alleinerziehende (36,6%), Erwerbslose (51,8%), Menschen mit geringem Qualifikationsniveau (39,9%) und BürgerInnen mit Migrationshintergrund (28,7%). Gleichzeitig weist die Einkommensreichumsquote² (gemessen am Bundesmedian) mit 12,2% den bundesweit deutlich höchsten Wert aus. Im Bundesvergleich leben also in Hamburg besonders viele Reiche und Vermögende.

Schlussfolgerung: »Es gibt keine Stadt, in der die soziale Spaltung schamloser stattfindet als in Hamburg« (Ulrich Schneider, Paritätischer Gesamtverband). Schuld sei die Steuergesetzgebung des Bundes und »die unsoziale Politik« der SPD. »Alle sozialpolitischen Notwendigkeiten werden dem Diktat der Schuldenbremse untergeordnet. Wer wie ich geglaubt hat, mit der SPD würde sich etwas bessern, muss sich den Vorwurf der Naivität gefallen lassen.«

Diese soziale Spaltung setzt sich in Hamburg in eine sozial-räumliche Polarisierung um. Es gibt wie in anderen Großstädten Wohnquartiere mit verdichteter sozialer Benachteiligung und Armut. Der jüngste Sozialmonitoring-Bericht zeigt: Diese Quartiere liegen am östlichen Stadtrand, vor allem in Billstedt, Horn und Jenfeld, südlich der Elbe (hier vor allem in Wilhelmsburg und Harburg), am westlichen Stadtrand (Osdorf und Lurup) und in der westlichen inneren Stadt (St. Pauli und Altona-Altstadt) sowie in Dulsberg und Steilshoop.

In Hamburg sind 149 Stadtbereiche (17,9%) – und damit kaum weniger als 2010 – als Gebiete mit »niedrigem« bzw. »sehr niedrigem Status« klassifiziert worden, d.h., es handelt sich um Quartiere mit einer besonderen Kumulation von sozialen Problemlagen. In diesen Gebieten leben 367.000 BürgerInnen, das entspricht einem Anteil von 21,1% der Hamburger Bevölkerung. Das geht aus dem neuen Sozialmonitoring-Bericht³ hervor, den die Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blanka zu Beginn des Jahres vorgestellt hat.

Weitere wichtige Ergebnisse des »Sozialberichts«:

- 31 der 149 Gebiete mit einem »niedrigen« bzw. »sehr niedrigen« Status weisen gleichzeitig eine negative Dynamik aus, d.h., hier hat sich die Situation in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Fünf dieser Gebiete liegen im Stadtteil Steilshoop, vier in Wilhelmsburg, je drei in Lurup und Rothenburgsort sowie je zwei in Barmbek-Nord, Harburg, Horn, Jenfeld und Neuallermöhe.
- Die soziale Spaltung zeigt sich auch auf Bezirksebene. So liegt der Bevölkerungsanteil, der in Gebieten mit einem »sehr niedrigen« Status lebt, in Mitte und Harburg deutlich über dem Hamburger Durchschnitt. In einem Gebiet mit einem statistisch »sehr niedrigen« Status leben in Mitte 35% (nimmt man die Quartiere mit »niedrigem« Status dazu: 55%), in Harburg knapp 13% (inkl. »niedriger« Status: 27,6%) aller EinwohnerInnen, während es in ganz Hamburg nur knapp 12% in einem entsprechend klassifizierten Gebiet sind. In den übrigen fünf Hamburger Bezirken liegt dieser Anteil deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt.
- Der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist vor allem an den Stadträndern Hamburgs überdurchschnittlich hoch.
- Hohe Anteile von Kindern von Alleinerziehenden finden sich vermehrt in innenstadtnahen Quartieren (u.a. in den Stadtteilen Altstadt, Neustadt, Bahrenfeld, Ottensen, Sternschanze, Barmbek-Nord und -Süd, Dulsberg), aber auch in weniger zentral gelegenen Stadtteilen (u.a. in Osdorf, Lurup, Steilshoop, Bramfeld, Rahlstedt, Jenfeld, Lohbrügge, Harburg und Eißendorf).
- Von Armut bedroht sind, so zeigt es der Sozialatlas, die Stadtteile Billstedt, Horn, Jenfeld, Wilhelmsburg, Altona-

¹ Median = Zentralwert.

² Sie misst den Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten.

³ Die von der BSU beauftragte HafenCity Universität untersucht für die Berichte insgesamt rund 833 Gebiete mit mindestens 300 BewohnerInnen. Als Indikatoren gelten u.a. der Anteil der Arbeitslosen sowie die Verteilung der Schulabschlüsse.

Altstadt, St. Pauli, Lurup, Osdorf (Quartier Osdorfer Born), Dulsberg, Steilshoop, Harburg, Neugraben-Fischbek und Hausbruch (Quartier Neuwiedenthal).

Auf die auch für Hamburg damit feststellbare Verfestigung von Armutsstrukturen trotz Wirtschaftsaufschwungs hat der Paritätische Wohlfahrtsverband in seinem jüngsten Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland⁴ hingewiesen. Danach wurde 2011 mit einer Armutsgefährdungsquote von 15,1% ein absoluter Höchststand seit Anfang der 1990er Jahre erreicht. Die Daten zeigen seit 2006 einen klaren Trend nach oben. Armuts- und Wirtschaftsentwicklung haben sich völlig voneinander gelöst. 2011 konnte überhaupt kein positiver Zusammenhang mehr zwischen Wirtschafts- und Armutsentwicklung festgestellt werden. Ganz im Gegenteil: Obwohl das Brutto-Inlandsprodukt (BIP) um 3,9% wuchs, stieg auch die Armut um 4,1%. Damit hat sich die Dynamik der sozialen Spaltung in 2011 deutlich verstärkt.

Die Zahlen sind beeindruckend: So gab es im Dezember 2012 sehr viele BürgerInnen in Unterbeschäftigung, davon 67.400 Arbeitslose. Als LeiharbeiterInnen arbeiteten 32.500, geringfügig beschäftigt waren 165.000 (davon 101.000 ausschließlich). 36.000 Lohnabhängige waren trotz Arbeit arm und deshalb auf zusätzliche Sozialleistungen (»Aufstocker«) angewiesen. Das Ausmaß von Niedriglohnarbeit in Hamburg hat der DGB in einer neueren Studie⁵ deutlich gemacht. Danach verdienten im Jahr 2010 genau 118.136 oder 19,1% der Vollzeitkräfte miserabel. Also rund jede/r fünfte Beschäftigte. Besonders betroffen von Niedriglöhnen sind dabei die Beschäftigten ohne Berufsabschluss. So zählten in Hamburg bereits 13,3% aller Vollzeitbeschäftigten mit Berufsabschluss und erschreckende 33,9% der Geringqualifizierten zu den NiedrigverdienerInnen. Und: »Es sind nicht nur die niedrigen Löhne. Wer wenig verdient, hat oftmals auch ein instabiles Arbeitsverhältnis und ein hohes Entlassungsrisiko. Gleichzeitig droht den Betroffenen Altersarmut. Denn wer kann in einer solchen Situation schon private Altersrücklagen bilden?« (Uwe Grund) Die wachsende Altersarmut kann bereits heute an der wachsenden Zahl von Menschen, die auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung angewiesen sind, abgelesen werden: 2011 waren das 31.600 BürgerInnen, davon 20.000 im Rentenalter. Für sie mussten im letzten Jahr 185 Mio. Euro aufgebracht werden. Die z.T. politisch geförderte Ausbreitung von Armutsstrukturen (Hartz IV, Niedriglohnsektor, Absenkung des Rentenniveaus) hat ihren Preis. So sind in Hamburg die Ausgaben für Sozialhilfe von 525 Mio. Euro in 2001 auf 775 Mio. Euro in 2011 (+50%) gestiegen.

Soziale Spaltung: für den SPD-Senat kein Thema

Das Sozialmonitoring wurde im Jahr 2010 eingeführt. Den Zweck erläutert Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau: »Mithilfe des Sozialmonitorings können wir frühzeitig soziale Problemlagen und kritische Entwicklungen in Hamburger Stadtteilen erkennen und ihnen gezielt begegnen«. Die Ergebnisse der Untersuchung haben u.a. Einfluss auf die Förderung über das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE).

Ausgaben im Bereich der integrierten Stadtentwicklung in Mio. Euro					
2012	2013	2014	2015	2016	2017
25,9	20,8	20,8	20,8	15,8	15,8

Und was macht der SPD-Senat damit? Statt mit gezielten Gegenmaßnahmen begegnet er der wachsenden sozialen Spaltung mit Kürzungen im Bereich der integrierten Stadtentwicklung, bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik und in der Sozialpolitik (vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit). Den Bezirken werden weiterer Personalabbau und Leistungskürzungen zugemutet. Und in der Wohnungspolitik zeigt sich die SPD unter dem Druck der wachsenden Wohnungsnot zwar rührig und will bis 2014 jährlich 6.000 neue Wohnungen (davon 2.000 vergleichsweise preiswerte) schaffen, stockt aber den entsprechenden Etat für die Wohnungsbaukreditanstalt nicht auf.

Zu Recht kritisieren daher GRÜNE und LINKE, dass der SPD-Senat die ärmeren Stadtteile faktisch abschreibe und das mit einer an sozialer Gerechtigkeit orientierten Politik nichts mehr zu tun habe. Durch die Kürzungen bei RISE würden zudem immer mehr Gebiete aus der Förderung herausfallen.

In der Tat: Einerseits hat sich der Senat einen (im Verhältnis zu den Herausforderungen eher noch zu kleinen) Reservefonds (Größenordnung 700 Mio. Euro) von der Bürgerschaft bewilligen lassen, um auf seinen diversen Baustellen (Elbphilharmonie, Sondervermögen Hafen und Stadt, HSH Nordbank) auflodernde Brände löschen zu können. Andererseits hat er vor allem das Personal im öffentlichen Bereich, die BürgerInnen in den sozial benachteiligten Stadtteilen und all jene, die auf Fortbildung ihrer Arbeitskraft oder einen sozialen Arbeitsmarkt angewiesen sind, in die Rolle von Sparopfern versetzt. Betroffen von dieser Kürzungspolitik ist auch die öffentliche Infrastruktur, denn auf Grünanlagen, Sportplätze, Straßen etc. sind alle BürgerInnen angewiesen. Der Investitions- und Sanierungsrückstau wird verschärft. Letztlich ist diese Politik eine Beschädigung der regionalen Wertschöpfung, denn ohne befriedigende Infrastruktur lässt sich die reale Ökonomie nicht aufrechterhalten. Vom sozialen Zusammenhalt ganz zu schweigen.

Olaf Scholz regiert nach eigener Einschätzung vernünftig und ist daher optimistisch: »Die deutsche Sozialdemokratie, sie kann den jetzigen und künftigen Veränderungen allemal sehr zuversichtlich entgegensehen, als Idee, aber auch als Partei. Denn sie kommt schließlich aus der Mitte der sozialen Bewegungen, die heute in großer Vielfalt und mit jeweils eigenem Profil in der Gesellschaft aktiv sind.« Welche sozialen Bewegungen mit der wachsenden sozialen Spaltung zufrieden sind, bleibt eine unbeantwortete Frage.

⁴ Der Paritätische Wohlfahrtsverband: Positive Trends gestoppt, negative Trendsbeschleunigt. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2012, Dezember 2012. http://www.der-paritaetische.de/index.php?eID=tx_nawsecured1&u=0&file=fileadmin/dokumente/2012Armutsbericht/a4_armutsbericht-2012_web.pdf&t=1356776024&hash=d23600750664c6f3.

⁵ DGB Hamburg: Neue DGB-Statistik: Jede fünfte Vollzeitbeschäftigte in Hamburg bekommt nur Niedriglohn; Medienmitteilung vom 29.11.2012.

BürgerInnenbeteiligung in aller Munde



Auf der Demo gegen Mieten-Wahnsinn, 10.11.2012 (Foto: C. Hannen)

Partizipation, Teilhabe, Bürgerbeteiligung, Selbstermächtigung und weitere Begriffe sind in letzter Zeit fast zu geflügelten Worten geworden, tatsächlich gibt es zurzeit keine Partei, die sich diesem Thema versperrt. Doch bei Lichte betrachtet, stellt sich vieles nur als populistisches Lippenbekenntnis heraus. Auf eine Große Anfrage der Linksfraktion zu diesem Komplex antwortete der Senat am 4. September 2012 beispielsweise, dass Stadtteilbeiräte an Fördergebiete gebunden seien und Bürgerbeteiligung damit also einen Anfang und ein Ende habe: »Eine pauschale flächendeckende Einrichtung von über die gewählten bezirklichen Gremien hinausgehenden zusätzlichen Beteiligungsgremien wäre weder sachlich angemessen noch stehen hierfür die finanziellen Ressourcen zur Verfügung« (Drs. 20/4803, Antwort auf Frage 22) – als wenn Bürgerbeteiligung im 21. Jahrhundert zeitlich befristet sein sollte oder könnte!

Gerade mit Blick auf diese Formulierung hat eine Initiative von Mitgliedern des Netzwerks der Hamburger Stadtteilbeiräte und des Netzwerks Recht auf Stadt am 4. Oktober 2012 eine »Resolution zur Verstetigung und Ausweitung der Stadtteilbeiräte« auf den Weg gebracht, die inzwischen von 18 Beiratsgremien (die Große Anfrage erfasst 47 Gremien) und mehr als 50 Beiratsmitgliedern unterzeichnet wurde – was vom Senat bisher unbeantwortet blieb oder klar abgelehnt wurde! Vom Senat ist jedenfalls keine Ausweitung des Beirätewesens zu erwarten, hier und da muss sogar um die Fortsetzung bestehender Gremien gerungen werden.

Selbst temporäre Beteiligung auf Stadtteilebene wird neuerdings nach Gutsherrenart verkündet. Da beantragten die GRÜNEN die Installierung eines Stadtteilbeirats St. Pauli (auch als Konsequenz aus aufgelösten bzw. vor der Auflösung stehenden Sanierungsbeiräten), doch die Phalanx aus SPD, CDU und FDP lehnte den Antrag auf der Bürgerschaftssitzung am 29. November 2012 ab. Doch drei Wochen später wurde der vom Senat offenbar gewünschte Beschluss der SPD-FDP-Koalition im Bezirk Mitte gefällt, einen Stadtteilbeirat Hafencity mit einem Verfügungsfonds von 8.000 Euro zu bilden. Soll also niemand behaupten, insbesondere die SPD habe was gegen BürgerInnenbeteiligung...

Gerade erst hat die Stadtentwicklungssenatorin auf einer Veranstaltung am 15. Januar in St. Georg unter dem Gelächter des Publikums erklärt, es stehe ja allen frei, »selbsttragende Strukturen« zu entwickeln, soll heißen: sich zusammenschließen und zu treffen, aber ohne finanzielle Unterstützung und Anerkennung seitens der Stadt – was mit institutioneller Absicherung und dem nötigen Ernstnehmen von Bürgerbeteiligung absolut nichts zu tun hat.

Bisweilen fällt auch das Argument – z.B. auf der Bürgerschaftssitzung am 12. September 2012 – es gäbe ja viele Menschen, die ehrenamtlich in bezirklichen Gremien und in Regionalausschüssen tätig seien. Deren Engagement sei selbstverständlich anerkannt und gewürdigt, doch das Denken, die Reduktion auf quasi parlamentarisch-repräsentative Strukturen geht an den Realitäten und vor allem Wünschen

und Forderungen eines wachsenden Teils der Gesellschaft vorbei. Es gibt bekanntlich eine Krise oder wenigstens latente Infragestellung des repräsentativen Systems, nicht zufällig haben inzwischen alle Bundesländer plebiszitäre Elemente in die Verfassungen implementiert, haben sich vor dreieinhalb Jahren die beiden Netzwerke der Hamburger Stadtteilbeiräte und Recht auf Stadt gebildet, zeigt sich der Protest von BürgerInnen allerorten. Ganz offensichtlich reicht der Verweis auf Organe der repräsentativen Demokratie nicht mehr aus, benötigt werden vielmehr Gremien und neue Formen der Mitwirkung und Einbeziehung, die kommunale Demokratie auf unterer, für Hamburg auf Stadtteilebene ermöglichen.

Für DIE LINKE ist klar: Der SPD-Senat muss grundsätzlich umdenken. Demokratie fängt unten an, BürgerInnenbeteiligung muss zu einem zentralen Element der Stadtgesellschaft im 21. Jahrhundert werden. Und diese Beteiligung muss neben vielem anderen plebiszitäre Elemente und institutionell verankerte Stadtteilgremien umfassen. »Gute« PolitikerInnen sind diejenigen, die begreifen, dass von vielen Menschen her MEHR gewünscht wird; »vernünftige« PolitikerInnen konstruieren keinen Gegensatz zwischen parlamentarisch-repräsentativen Gremien einerseits und Stadtteilmitwirkungsstrukturen, Beiräten, Stadtteilkonferenzen und Runden Tischen andererseits; »weitblickende« PolitikerInnen verstehen die BürgerInnenbeteiligung in den Stadtteilen als notwendige Ergänzung, bisweilen auch als notwendiges Korrektiv gegen den obsolet gewordenen Machtanspruch von abgehobenen Entscheidungen der Politik und Verwaltung.

Unsere Vision sind Stadtteil- und Quartiersbeiratsstrukturen in allen 104 Hamburger Stadtteilen, ein Etat von 10 Mio. Euro für die professionelle Begleitung (und damit Anerkennung) dieser Gremien sowie Verfügungsfonds. Das wäre in etwa so viel, wie der gerade beschlossene (Um-) Bau der Mahatma-Gandhi-Brücke zur Elbphilharmonie kosten soll. Ein (überflüssiger) Brückenausbau gegen eine deutschlandweit einmalig dastehende Stadt mit einer kompletten Mitwirkungsebene für sämtliche Stadtteile! Das hätte doch was!

In diesem Zusammenhang machen wir auch aufmerksam auf die nächste (die 4.) Hamburger »Konferenz zur sozialen Spaltung«, die am 16. Februar (10:00-17:30 Uhr) unter dem Motto »Dabei sein ist (nicht) alles! Repräsentation, Partizipation und soziale Spaltung« in der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW, Berliner Tor 21) stattfindet und von der Ev. Akademie, dem Diakonischen Werk, dem Hamburger Institut für Sozialforschung, der AG Gesundheitsförderung am UKE, dem Arbeitsgebiet Stadt- und Regionalsoziologie der Hafencity Universität und der HAW veranstaltet wird. Der TeilnehmerInnenbeitrag beläuft sich auf 15 Euro, ermäßigt 5 Euro. Anmeldungen bis zum 7. Februar per Email an hamburg@akademie.nordkirche.de. Weitere Infos gibt es im Netz unter www.hamburg-stadtfueralle.de. Wir drucken nachstehend den Aufruf zu dieser Tagung ab.



4. Konferenz zur sozialen Spaltung

Dabei sein ist (nicht) alles!

Repräsentation, Partizipation und soziale Spaltung

Soziale Ungleichheit und Polarisierung der Lebenslagen sind in Hamburg deutlich sichtbar. Sie zeigen sich auch im Ungleichgewicht des Engagements. Zahlreiche Menschen sind in Parteien, Gewerkschaften, Initiativen, Stadtteil- oder Elternbeiräten aktiv. Aber es gibt auch Barrieren, die Beteiligung verhindern und bis zur Politikabstänigkeit führen können. Partizipation in Politik, Betrieben und Zivilgesellschaft ist facettenreich. Wer macht mit, wer nicht und warum? Beteiligung ist voraussetzungsreich. Wer gebildet ist und ein gesichertes Einkommen hat, ist empirisch gesehen eher bereit und in der Lage, sich in politischen Prozessen zu engagieren. Arme oder vom Arbeitsmarkt Ausgeschlossene beteiligen sich dem gegenüber sehr viel seltener. Auch im politischen System sind die Interessen Armer schwach repräsentiert. Wer die vielfältigen Beteiligungsangebote nicht wahrnehmen möchte oder nicht wahrnehmen kann, dem wird schnell der Vorwurf gemacht, an seiner politischen Ausschließung selbst schuld zu sein.

Die Spaltung der Gesellschaft bildet sich im repräsentativen politischen System ebenso wie in Beteiligungsprozessen deutlich ab, das scheint wissenschaftlich gesichert. Ob und welche Formen der Partizipation Spaltungsprozesse vertiefen oder abbauen können, bleibt zu erörtern. Dazu bietet die 4. Konferenz zur sozialen Spaltung Gelegenheiten.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Der Newsletter des angesehenen **Forschungs- und Beratungsinstituts F + B** für Wohnen, Immobilien und Umwelt GmbH vom September 2012 bildet die Entwicklung der Marktmieten in Norddeutschland ab. Im Unterschied zu den anderen vier Bundesländern im Norden »steigen die Marktmieten in Hamburg ungebremst an«, heißt es in dem Bericht. Das »Mietenranking« führt danach Hamburg mit Abstand an: Der mittlere Wert dieser Marktmieten betrug im dritten Quartal 2010 8,36 Euro/qm, im dritten Quartal 2012 waren es 9,15 Euro/qm, eine Steigerung von 0,79 Euro/qm, d.h. um fast 10,6% in zwei Jahren: siehe unter www.f-und-b.de.

In den vergangenen Wochen haben wieder die Bildungsträger ihre (Halb-)Jahresprogramme veröffentlicht. Stellvertretend sei hier zum einen Die Neue Gesellschaft genannt, die auch Angebote zu Hamburger Themen macht, z.B. zur »Event- und Stadtteilkultur« (am 26.2.2013), zur Arbeitsmarktreform (28.2.) und zur Veddel (13.5.). Das Programm findet sich unter www.die-neue-gesellschaft.de. Zum anderen mag Arbeit und Leben zum »Blättern« unter www.hamburg.arbeitundleben.de inspirieren. Dort finden sich mehrere Stadtteilseminare, z.B. zu St. Georg (8.-12.4.2013), Wilhelmsburg (15.-19.4.), Winterhude (3.-7.6.) und Rothenburgsort/Veddel (12.-16.8.), daneben Veranstaltungsreihen u.a. zu Hamburgs Nachhaltigkeit, zu den Bombardierungen der Stadt 1943 und anderen Aspekten der Stadt(teil)geschichte.

In diesem Jahr jährt sich zum 70. Mal die **»Operation Gomorrha«**, die amerikanischen und vor allem britischen Bombardements, denen im Sommer 1943 große Teile der Stadt und Tausende HamburgerInnen zum Opfer fielen – im Gefolge und als Konsequenz auf die faschistische Vernichtungs- und Zerstörungspolitik in halb Europa. Hamburgs Auswanderermuseum (»Ballinstadt«) hat am 22. Januar die Sonderausstellung 1943: »Operation Gomorrha – das Bombardement auf den Elbinseln« eröffnet. Sie ist täglich von 10:00 bis 15:30 Uhr geöffnet, der Eintritt beträgt für Erwachsene 12 Euro, ermäßigt 10 Euro, siehe auch www.ballinstadt.de.

Am **Freitag, den 25. Januar**, wird im Rathaus die **Ausstellung »Deserteure und andere Verfolgte der NS-Militärjustiz – Die Wehrmichtsgerichtsbarkeit in Hamburg«** eröffnet. Die von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in Kooperation mit der Hamburgischen Bürgerschaft dargebotene Präsentation ist noch bis zum 15. Februar montags bis freitags von 10 bis 18 Uhr und am Wochenende von 10 bis 13 Uhr zu besichtigen. Der Eintritt ist frei. Über das Begleitprogramm und weitere Veranstaltungen zur Deserteursproblematik informiert das Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal unter www.niqel.de/deserteur/index.htm sowie die KZ-Gedenkstätte Neuengamme unter www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de.

Eine Ausstellung zu den **Ehemaligen Kasernen in der Bundesstraße** präsentiert die Galerie Morgenland noch **bis zum 6. Februar** täglich von 13 bis 18 Uhr (außer montags) in ihren Räumen (Sillestraße 79). Es geht um die Fläche, auf der in Bälde ein Neubau der Universität Hamburg entstehen soll, ein historischer Ort, lässt er sich mit Blick auf die Kasernen doch in Verbindung bringen mit den Vorbereitungen auf die Kriege 1870/71 und 1914/18, mit der Novemberrevolution 1918, der Polizeigewalt 1920 bis 1945, erneuten Kriegsvorbereitungen ab 1938 und schließlich dem Flüchtlingselend und der Wohnungsnot bis Anfang der 1960er Jahre.



»Proteste im Zeichen der Krise«, so ist ein »Roter Abend« überschrieben, den der Verlag Assoziation A am **Freitag, den 25. Januar, um 20 Uhr** in der Planwirtschaft (Klausstraße 10) veranstaltet. Peter Birke und Kristin Carls, AutorInnen des 2012 erschienenen Buches »Krisen Proteste«, ziehen an diesem Abend eine Zwischenbilanz über den arabischen Frühling, die Occupy-Bewegung, die Auseinandersetzungen in Südeuropa und anderswo. Der Link zum Buch: www.assoziacion-a.de/neu/Krisen_Proteste.htm.

»Alle Menschen müssen das Recht auf bezahlbare Energie haben«, heißt es in dem Aufruf zur Veranstaltung der LINKEN am **Sonntag, den 27. Februar**, um 11 Uhr im Stadtteiltreff A.G.D.A.Z. in Steilshoop (Fehlinghöhe 16). Die Europaabgeordnete Sabine Wils und der Hamburger Umweltpolizist der LINKEN, Gilbert Siegler, diskutieren zum Komplex »Energiewende noch bezahlbar? Wie kann Energieversorgung zum sozialen Grundrecht werden?«

Ebenfalls am **Sonntag, den 27. Januar**, 11 Uhr, laden die Stadtteilgruppe Lurup-Osdorf und die Hamburger AG Betrieb & Gewerkschaft der LINKEN zum Frühschoppen in das Kinder- und Jugendzentrum Lurup (Neetzestraße 14a) ein. Es geht um **»Schlechte Jobs: Soziale Folgen für Dich und uns alle«**. Gäste sind der Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Franz Segbers und der Betriebsratsvorsitzende der seit Wochen streikenden Belegschaft der Firma Neupack Verpackungen Murat Günes. Die Moderation obliegt Karsten Strasser.

»Die Kommune neu denken« ist das Thema eines Workshops, den Akteure aus dem Netzwerk Recht auf Stadt, am **Sonntag, den 27. Januar**, ab 12 Uhr im Kölibri (Hein-Köllisch-Platz 12) organisieren. Es geht dabei um Ideen, Phantasien und Strategien, eine andere Wohn- und Gewerberaumpolitik auf den Weg zu bringen.

Eine Gedenkveranstaltung anlässlich der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am **27. Januar** veranstaltet das **Mahnmal St. Nikolai** wie in jedem Jahr mit der Hauptkirche St. Michaelis, der Hamburger Autorenvereinigung sowie dem polnischen Generalkonsulat. Um 18:00 Uhr lesen in St. Michaelis Gino Leineweber und Hildegard Kempowski aus Walter Kempowskis »Echolot«; KMD Manuel Gera improvisiert auf der Orgel, danach wird eine Prozession zum Mahnmal St. Nikolai abgehalten, von 19:30 Uhr bis 20 Uhr gibt Gudrun Schmidtke ein Carillon-Konzert, und um 20.00 Uhr findet ein Deutsch-polnischer ökumenischer Gottesdienst statt.

Die Patriotische Gesellschaft lädt für **Dienstag, den 29. Januar**, ein zu einer Podiumsdiskussion zum Thema **»Warum kann Hamburg nicht Fahrrad? 20 Jahre nicht wirklich vorangekommen«**. Es diskutieren Martin Huber (Wirtschaftsbehörde), Merja Spott (ADFC), Carsten Willms (ADFC), Jürgen Möllers (Fahrradbeauftragter der Stadt Köln), Lars Pochnitt (Radverkehrsexperte der SPD-Bürgerschaftsfraktion); moderieren wird Matthias Iken (Hamburger Abendblatt). Die Veranstaltung beginnt 18:30 Uhr im Reimarus Saal der Patriotischen Gesellschaft (Trostrücke 6). Um Anmeldung wird gebeten (Tel. 36 66 19; Email info@patriotische-gesellschaft.de).

Die Landeszentrale für politische Bildung eröffnet am **Mittwoch, den 30. Januar**, 17 Uhr, in der Finanzbehörde (Gänsemarkt 36) eine Ausstellung unter dem Titel **»Der Eichmann-Prozess in Jerusalem«**. Hier dokumentiert das Jerusalemer Zentrum Yad Vashem den Lebensweg und Gerichtsprozess von Adolf Eichmann, den Leiter des Himmlerschen »Referats für Judenfragen«. Die Ausstellung ist noch bis zum 24. Februar zu sehen.

Zum traditionellen **Neujahrsempfang** lädt DIE LINKE Bergedorf am **Freitag, den 1. Februar**, um 19 Uhr ins Gewerkschaftszentrum (Serrahnstraße 1) ein. Zu Gast ist an diesem Abend u.a. Jan van Aken, Bundestagsabgeordneter und Rüstungsexperte der LINKEN aus Hamburg.

Um **»40 Jahre bewegtes St. Georg«** geht es bei einer Fotoausstellung, die am **Sonntag, den 3. Februar**, um 15 Uhr im Kulturladen (Alexanderstraße 15) eröffnet wird. Mit Fotos und Dokumenten illustriert die örtliche Geschichtswerkstatt Bewegungen und Initiativen der letzten Jahrzehnte. Die Ausstellung läuft bis zum 1. März.

Eine neue Gruppe im Umfeld des Netzwerks Recht auf Stadt widmet sich dem **Hamburger Stadtbild(erhalt)** und engagiert sich gegen Abrisspläne altherwürdiger Häuser und günstigen Wohnraums. Das nächste Treffen ist für **Donnerstag, den 21. Februar**, um 19.30 Uhr im Stadtteilbüro St. Georg (Hansaplatz 9) anberaunt.

Die **Radreise-Messe** des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs steigt am **Sonntag, den 24. Februar**, von 11 bis 18 Uhr im CCH Hamburg. Der Eintritt beträgt 5 Euro, ermäßigt 1,50 Euro für ADFC- und AOK-Mitglieder. Näheres im Netz unter www.radreise-messe.de.

Am **Donnerstag, den 28. Februar**, geht es bei der Bürgerinitiative Hamm'se Zivilcourage um die **Gewaltspiralen im Orient und die Politik des Westens**. Zu Gast im Nachbarschaftstreff der Baugenossenschaft Hansa (Hammer Steindamm 28) ist um 19:30 Uhr der Journalist und Autor Ulrich Tilgner. Der Eintritt beträgt 5 Euro, ermäßigt 3 Euro. Anmeldung/Infos bei Buchhandlung Seitenweise unter Tel. 20 12 03.

Wilhelmsburg im Fokus



Liesel Amelingmeyer spricht zum Zollzaunabriss am 12.1.2013

Die folgende Ansprache hat Liesel Amelingmeyer (Zukunft Elbinsel e.V.) anlässlich der Niederlegung des Zollzaunes am 12. Januar in Anwesenheit u.a. von Olaf Scholz gehalten. Damit geht endlich ein jahrelanger Traum der BürgerInnen Wilhelmsburgs und der Veddel in Erfüllung. Wir danken für die Bereitstellung des Textes, der auch ein Licht auf den Umgang mit den Menschen der Hamburger Elbinsel wirft.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Herr Hellweg, liebe Anwesende!

Der eiserne Zollzaun fällt. Ist vielerorts schon gefallen. Ein Gefühl von Freiheit und Abenteuer schleicht sich dort ein, wo bisher kein Zugang möglich war. »Ausland im Inland«, das war der Hamburger Freihafen. Und die Wilhelmburger und Veddeler fühlen sich manchmal mehr als Teil des »Auslandes«, denn als Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Heute feiern wir die neu gewonnene Freiheit gemeinsam mit Ihnen, Herr Bürgermeister!

Zehn Spreehafenfeste haben die Wilhelmsburger zuvor gefeiert. Die Veddeler haben sich meist angeschlossen und die Sache mit finanziert. Gemeinsam haben wir an der Erfolgsgeschichte vom Fall des Zollzaunes mitgeschrieben. Wir waren es, die 2010 erreichten, dass der Zugang zum Spreehafen durch erste Schlupftore geöffnet wurde. Wir waren es, die durch unsere Proteste und Spreehafenfeste fertigen Planungen für eine Hafenuferspange über den Spreehafen eine Absage erteilten. Nun verschafft uns das »Gesetz zur Aufhebung des Freihafens Hamburg« den Zollzaunabriss. Wir freuen uns. Auch über die Initiativen dazu von Seiten des Bezirkes, des Senats und der Internationalen Bauausstellung. Jetzt ist Entwicklung möglich und der Sprung über die Elbe viel konkreter geworden.

Ich möchte noch einmal an unsere Erfolgsgeschichte anknüpfen, deren Kernstück immer die Spreehafenfeste waren.

Da das Fest sich zum Hamburger Geheimtipp mauserte, konnten wir vielen Menschen, die die Elbinseln nicht kannten, zeigen, wie schön es hier ist. Allen wurde klar – auch nördlich der Elbe: Der Zaun muss weg! Was auf den Spreehafenfesten aber auch vielen deutlich wurde: Wilhelmsburg und die Veddel sind Stadtteile, die viel aushalten müssen: Verkehr, Lärm, Schadstoffe, Hafenwirtschaft mit expandierender Logistik und Containerbergen vor der Haustür und immer weniger Arbeitsplätzen. Armut, Arbeitslosigkeit und die Hoffnung auf bessere Zeiten prägen die Stadtteile im Präsentationsraum von IBA, IGS und Bildungsoffensive. Gerade deshalb ist es so wichtig, sehr geehrter Herr Scholz, zeitnah zum Zollzaunabriss weitere Maßnahmen für die Menschen zu ergreifen. Die da wären:

Irgendwo sollte man direkt ans Wasser kommen, Ruderboote anlanden können, vielleicht ein kleiner Sandstrand. Derzeit gibt es nur die steinerne Uferkante und verschlossene Wassertreppen. Das Südufer des Spreehafens sollte künftig auch für Hausboote mit einer kleinen Restauration und zum Wohnen genutzt werden können. Der freie Blick auf die Hamburger Skyline muss erhalten bleiben; deshalb darf der nördliche Spreehafen nicht für neue Containergebirge zugeschüttet werden. Die neue Fährverbindung braucht einen getakteten Busanschluss, muss auch am Wochenende laufen und dauerhaft gesichert sein. Die massive Verkehrszunahme nach der Öffnung der Zollstationen Ernst-August-Schleuse in Wilhelmsburg und der Tunnelstraße auf der Veddel muss anwohnerverträglich geregelt werden. Hier bedarf es kluger Sofortmaßnahmen.

Herr Bürgermeister, liebe Anwesende. Zum Abschluss möchte ich in Anlehnung an die christliche Jahreslosung 2013, die in diesem Jahr auf meinem Schreibtisch steht, formulieren: »Wir haben hier keine bleibende Stadt – sondern die zukünftige suchen wir«.

Gegen Vertreibung am Hauptbahnhof!



Eintopf von Pastor Marwege & Gudrun Greb (Ragazza) (M. Joho)

Rund 150 bis 200 Menschen, darunter viele in prekären Verhältnissen, nahmen am Samstag, den 19. Januar, bei bitterer Kälte an einer Kundgebung gegen die Vertreibung »unliebsamer« Personengruppen vom Hauptbahnhof und die De-facto-Privatisierung bisher öffentlicher Vordachflächen auf dem Hachmannplatz teil. Neben dem Einwohnerverein, der ev. Kirchengemeinde, weiteren Einrichtungen aus dem benachbarten Viertel und verschiedenen Gruppen aus dem Netzwerk Recht auf Stadt hatten auch die Stadtteilgruppe St. Georg, die Bezirksfraktion Mitte sowie die Bürgerschaftsfraktion der LINKEN zur Teilnahme aufgerufen. In Ansprachen machten die OrganisatorInnen ihrem Unmut über die Vertreibung Luft, einige Obdachlose beklagten sich über unglaublich rüpelhaftes bis menschenverachtendes Verhalten des Sicherheitspersonals, das ihnen vereinzelt z.B. die Schlafsäcke wegnahm. Besonderen Anklang fand nicht zuletzt die Ausgabe von rund 200 Portionen Chili con carne an die Bedürftigen.

Wir dokumentieren hier den Aufruf, der wie die Kundgebung von den Medien weitgehend totgeschwiegen wurde:

»Der Hamburger Hauptbahnhof ist einer der öffentlichsten Orte ganz Hamburg. Bis zu 450.000 Menschen durchqueren ihn täglich, nutzen ihn als Zentrale des Nah- und Fernverkehrs und Einkaufsstätte oder halten sich hier schlicht auf. Doch seit dem fragwürdigen Konzept aus den frühen neunziger Jahren, ausgerechnet diesen Hauptbahnhof zur »Visitenkarte Hamburgs« machen zu wollen, reißen die Versuche unter den verschiedenen Senats- und Bezirksamtsbesetzungen nicht ab, einen Teil der Bevölkerung von der Nutzung auszuschließen: Menschen ohne Obdach, Alkoholisierte, Stricher, Jugendliche mit schrillum Outfit, Szene eben. Dies, obwohl immer wieder – zuletzt auf einer Zusammenkunft des »Arbeitskreises Sicherheit & Soziales am Hauptbahnhof« am 16. Oktober 2012 im Polizeikommissariat 11 – die Lage als normal gekennzeichnet wurde und von einer besonderen Belastung keine Rede war.

Noch im Oktober 2011 scheiterte der Versuch, die Zuständigkeit für die überdachten Flächen im Vorfeld des Bahnhofs und einige Tunnel der Deutschen Bahn AG zu übertragen, um ihr per Hausrecht die Verdrängung dieser »unliebsamen« Personengruppen zu ermöglichen. Damals auch deswegen, weil kurz vorher die Vertreibung der Obdachlosen unter der Kersten-Miles-Brücke (St. Pauli) zu einem öffentlichen Skandal geworden war und die eingeleiteten Maßnahmen (der »Zaun gegen Obdachlose«) zurückgenommen werden mussten. Doch fast genau ein Jahr später – Ende Oktober 2012 – verkündete zu aller Überraschung nunmehr die Wirtschaftsbehörde, dass die Quasi-Privatisierung der überdachten Flächen auf dem Hachmannplatz und der Tunnel Richtung Innenstadt inzwischen vollzogen sei.

Die am 25. Oktober veröffentlichte Pressemitteilung der Wirtschaftsbehörde berief sich dabei auch noch auf einen »Runden Tisch Hauptbahnhof«. Doch davon konnte nicht die Rede sein, denn soziale Einrichtungen und Verbände und auch die St. Georger Stadtteilgremien waren an dieser Entwicklung nicht beteiligt. Dementsprechend scharf ist die Ablehnung des neuen Vertreibungskonzepts, das seit Ende Oktober 2012 tagtäglich umgesetzt wird. Besonders kritisch: Es gibt keinerlei alternative Angebote für die Betroffenen, die jetzt aus dem Hauptbahnhof-Bereich verwiesen werden. Die bestehenden Anlaufstellen für Obdachlose und Hilfesuchende waren vorher bereits völlig überlastet. Was bleibt, ist reine Verdrängung. Verantwortungsvolle Sozialpolitik sieht anders aus!

Wir erheben nachdrücklichen Widerspruch gegen diese Politik der Verdrängung, die aktuell von der Wirtschaftsbehörde, vom Bezirksamt Hamburg-Mitte und der Deutschen Bahn AG verantwortet wird. Wir wollen einen Hauptbahnhof für Alle! Hamburgs Metropolenverständnis, muss sich auch an sozialen Grundsätzen und der Bewahrung öffentlicher Räume orientieren. Wir halten die Politik der Verdrängung

für das Gegenteil einer weltoffenen Stadt. Und wir kritisieren, dass solcherart Maßnahmen im Hinterzimmer ausgehandelt werden, ohne einen öffentlichen Diskurs zu führen, ohne die Betroffenen zu hören, ohne die Stadtteilgremien einzubeziehen. Im Anschluss an bisher sechs gelaufene Protestaktionen von verschiedenen Stadtteilinitiativen und Einzelpersonen

rufen wir auf zur Kundgebung gegen die Vertreibung »unliebsamer« Menschen. Wir fordern die Rücknahme der Quasi-Privatisierung der überdachten Flächen auf dem Hachmannplatz und des Mönckebergtunnels. Macht endlich ernst mit einer Politik des Dialogs!«

Sperrklausel in den Bezirken: »Aus die Maus«?

Von Tim Golke



Linke Bezirkspolitiker auf der Straße, 10.11.2012 (C. Hannen)

Am 15. Januar hat das Hamburgische Verfassungsgericht die 3%-Hürde, die bislang für die Wahl zu den Bezirksversammlungen gelten sollte, für nicht mit der Landesverfassung vereinbar erklärt. Im Klartext: Bei der Wahl zu den Bezirksversammlungen 2014 wird es nach Maßgabe dieses Urteils keine Sperrklausel mehr geben. Was nicht heißt, dass jede Wahlbewerbung zukünftig Erfolg haben dürfte, müssen doch zum Erreichen eines Sitzes in einer Bezirksversammlung genug Stimmen für eben dieses Grundmandat zusammenkommen.

Das Verfassungsgericht erkennt an, dass es sich bei Bezirksversammlungen eben nicht um kommunale Gremien gemäß Grundgesetz-Artikel 28 handelt, sondern um mit der Verwaltung verbundene Einheiten. Zugleich vergisst das Gericht aber nicht, die Wahl zu den Bezirksversammlungen überhaupt zu legitimieren: Schließlich sei diese notwendig, weil eine Bezirksversammlung zwar nicht als kommunale Vertretung der BürgerInnen anzusehen sei, sehr wohl aber hoheitliche Aufgaben wahrnehme und insoweit das »Bezirksvolk« auch verträte. Aus dem Urteil lässt sich klar die verkomplizierende und undemokratische Verfassung der Einheitsgemeinde Hamburg erkennen. Das ist wichtig hinsichtlich der Folgen des Urteils. Bei einer jetzt notwendigen Änderung des Bezirksversammlungs-Wahlgesetzes sollte es nicht bleiben. Vielmehr muss sich die Bürgerschaft nun endlich kritisch damit auseinandersetzen, dass die Bezirke in allen Fragen vom Senat kontrolliert werden und dieser nicht nur bei Fragen zu Bebauungsplänen bezirkliche Entscheidungen selbst erle-

digen, lies: evozieren, kann. Das muss sich ändern, denn aktuell setzen die Bezirke den Kürzungshaushalt von Senat und SPD-Fraktion um. Im Bezirk Mitte z.B. werden die Grundsicherungsdienststellen in Wilhelmsburg und Mümmelmannsberg geschlossen, in Volksdorf eine Wahldienststelle. Der Bezirksamtsleiter von Altona, Jürgen Warmke-Rose, äußerte sich dahingehend, dass beim Personal ein Kürzungsvolumen in der Größenordnung eines kleinen Bezirksamts bestehe. Die Liste dürfte fortgesetzt werden, denn den Bezirken bleibt meist gar nichts anderes übrig, da die »Rahmenzuweisungen« der Bürgerschaft inzwischen so gering ausfallen. Wir brauchen eine wirklich bezirkliche Autonomie von Senatsentscheidungen, damit Kürzungsvorhaben nicht mehr nach dem Prinzip »wir beschließen – ihr müsst umsetzen« funktionieren und die Gegenwehr aus den Bezirken eine wirkliche Chance bekommt.

Die Sperrklausel in den Bezirken ist jedenfalls erst mal vom Tisch. Eine Wiedereinführung kommt nach Maßgabe des Gerichts nur in Betracht, wenn ein Bezirk für unregierbar erklärt wird. Die Zugangshürde von 3% ist weg, darauf muss sich auch DIE LINKE jetzt einstellen. Wichtig für eine starke linke Opposition in den Bezirken ist aber, dass wir auch 2014 in allen Bezirksversammlungen als Fraktion mit mindestens drei Abgeordneten vertreten sind, denn Fraktionen sind besser ausgestattet und werden in der Öffentlichkeit eher wahrgenommen als Gruppen oder einzelne Abgeordnete. Hinzu kommt, dass wir für die Wahl nach Wahlkreisen viele Kandidatinnen und Kandidaten brauchen!

Kulturtipp: Faust & die Elbphilharmonie



Aktion von Recht-auf-Stadt-AktivistInnen (M. Joho)

Die wenig Bäume, nicht mein eigen, / Verderben mir den Weltbesitz. / Dort wollt' ich, weit umherzuschauen, / Von Ast zu Ast Gerüste bauen, / Dem Blick eröffnen weite Bahn, / Zu sehn, was alles ich getan, / Zu überschaun mit einem Blick / Des Menschegeistes Meisterstück, / Betätigend mit klugem Sinn/ Der Völker breiten Wohngewinn. / So sind am härtesten wir gequält, / Im Reichtum fühlend, was uns fehlt.

Johann Wolfgang von Goethe, Faust 2, Fünfter Akt

Erfolgreich kann sich Hamburg als Standort präsentieren, der es geschafft hat, in der Städtekonkurrenz auf der Gewinnerseite zu stehen. Aber die als »schönste Stadt der Welt« apostrophierte norddeutsche Metropole kämpft immer noch mit dem Ruf als Stadt der Pfeffersäcke. Zudem unterliegen alle Städte und Regionen dem ständigen Zwang, sich den Erfordernissen einer sich immer wieder verändernden Ökonomie und ihrer technologischen Grundlagen anzupassen. Eine mächtige Fraktion wehrt sich in Hamburg indes verbissen dagegen, den Hafen in seiner traditionellen Funktion als Auslaufmodell betrachten zu müssen, obwohl auch hier ein unerbittlicher Strukturwandel stattfindet.

Die Elbphilharmonie wurde von Anfang an als der Gipfelpunkt eines lange nicht für möglich gehaltenen Aufschwungs der Stadt inszeniert. Auf einem Hafenspeicher wird der Form nach ein glänzendes architektonisches Juwel errichtet, das weithin sichtbar demonstrieren soll, dass Hamburg erfolgreich im 21. Jahrhundert angekommen ist. Dass das ein Fake ist, zeigt sich an dem fast schon religiös-fundamentalistischen Streit um die Vertiefung der Fahrrinne der Elbe. Wird also die

Elbphilharmonie zum Symbol für die dann »schönste Stadt der Welt« oder ist das Ganze nur ein teurer Mummenschanz? Diese Frage wird in einer interessanten kulturpolitischen Veranstaltung mit Texten und Interpretationen aus Goethes Faust I + II am Freitag, den 25. Januar, um 19 Uhr im Amerikazentrum (Am Sandtorkai 48) beleuchtet.

Die Faust-Tragödie behandelt den Epochenwandel vom Feudalismus und der statischen Subsistenzökonomie des Mittelalters zur modernen kapitalistischen Ökonomie mit ihren naturwissenschaftlich-technologischen Grundlagen. Als Faust am Ende seines Weges glaubt, die Vision der Umgestaltung der Welt erfolgreich verwirklicht zu haben, stört ihn, dass er ein Grundstück noch nicht besitzt, auf dem er einen Aussichtspunkt bauen will, von dem aus er seinen Weltbesitz ungestört übersehen und zeigen kann. Wer die oben zitierte Textpassage in Faust II liest und sich dabei den Bau der Elbphilharmonie vorstellt, wird den Goethe'schen Text auf Anhieb richtig verstehen. Er hat ein System und ein Denken beschrieben, das wir heute überall antreffen. Damit ist die Faust-Tragödie von überraschender Aktualität.

Referenten der Veranstaltung sind der Landschaftsplaner Prof. Dr. Jochen Hanisch und Alfred Frosch (beide von der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung, VaN), Wolfgang Hartmann und Folkert Bockenthien debütieren mit Texten aus Goethes Faust, Alexander Radziewski sorgt für die musikalische Untermalung. Der Kostenbeitrag beträgt 5 Euro. Anmeldung bitte unter Tel. 18 05 00 49 oder per E-Mail an post@van-hamburg.de.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.